

Jenseits der Barrikaden

Wolfgang von Geldern

Lassen Sie mich mit einem Geständnis anfangen. Ich habe mich mit der stürmischen Zeit der Großen Koalition von 1966 bis 1969 in Bonn, der Notstandsgesetzgebung, der damaligen Ereignisse an den Hochschulen, mit Rudi Dutschke und Benno Ohnesorg, mit SDS und RCDS, mit dem „Muff von tausend Jahren unter den Talaren“ und alledem, was mit dieser Zeit – insbesondere aus der Sicht eines Hochschulangehörigen – zusammenhängt, seitdem herzlich wenig beschäftigt.

Die Zeit ist lange vorbei und sie ist unter historischen, längerfristigen Perspektiven aus meiner Sicht – Gott sei Dank – auch überwiegend erledigt. Ich hatte in den letzten vierzig Jahren zu wenig Zeit und auch keine Lust, mich intensiv neu mit dem auseinanderzusetzen, was mich als damaligen Studenten betroffen, bewegt und auch zur Auseinandersetzung herausgefordert hat. Ende 1969 habe ich geheiratet, Anfang 1971 wurde ich als Historiker und Germanist promoviert, 1973 und 1975 habe ich die beiden juristischen Staatsexamen gemacht, mich als Rechtsanwalt niedergelassen und bin 1976 für die CDU in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Genug private Ereignisse von längerfristiger Bedeutung für mich, die mich Irrungen und Wirrungen der Jahre um 1968 schnell haben vergessen lassen.

Dennoch: Ich war dabei. Ich bin nach dem (altsprachlichen) Abitur im beschaulichen Cuxhaven 1964 zunächst mit dem Finger auf der Landkarte an das andere Ende der damaligen Bundesrepublik Deutschland gefahren und habe mein Studium fern von zu Haus 1964 in Freiburg im Breis-

gau begonnen. 1965 bereits hatte ich das Gefühl, ich müsste mich aus der heiteren Atmosphäre des Schwarzwaldes und seiner reizvollen Umgebung lösen und an eine „Arbeitsuniversität“ wechseln. Was lag näher, als an die damalige „niedersächsische Landesuniversität“ nach Göttingen zu gehen? Dort standen die Studenten im Gegensatz zu Freiburg im Breisgau morgens um 7.30 Uhr bereits vor dem Juristischen Seminar Schlange, um noch Bücher zu ergattern.

In dieser Zeit habe ich angefangen, mich politisch zu engagieren. Interessiert war ich immer schon als Schüler, Schulzeitungsredakteur, Klassensprecher usw., aber jetzt ging das Interesse weiter. Ich bewarb mich 1964 mit Erfolg um ein Stipendium der gerade gegründeten Konrad-Adenauer-Stiftung („Hochbegabtenförderung“ hieß es damals). Meine Prüfer waren Franz Thediek und Prof. Dr. Alfred Müller-Armack. Außerdem trat ich in den RCDS ein, wurde wenig später Gruppenvorsitzender, danach auch Landesvorsitzender und war plötzlich auch mittendrin in der Parteipolitik, für die ich in der CDU das einzig richtige Betätigungsfeld sah. 1966 bin ich Mitglied der Jungen Union und der CDU geworden.

Meine studentischen und politischen Freunde und ich pilgerten zu Fuß von Göttingen zum Heimkehrer-Denkmal nach Friedland, um an der Eröffnung durch Altbundeskanzler Konrad Adenauer teilzunehmen. Wir konnten ihm die Hände schütteln. Ich war Gast auf dem Bundesparteitag der CDU in Bonn und erlebte seinen „historischen“ Auftritt, in dem er die Niederlande beschimpfte und die Sowjetunion lobte. Noch zwei- bis dreimal bin ich ihm begegnet und war immer aufs Neue von seiner Präsenz im hohen Alter beeindruckt. Die politischen Ferien-Seminare der Konrad-Adenauer-Stiftung brachten mir wertvolle Anregungen und Begegnungen und halfen mir auch beim RCDS, die Auseinandersetzung in der Hochschulpolitik zu bestehen. Wulf Schönbohm, Horst Teltschik u. a. sind Mitstreiter von damals gewesen.

Die Hochschulpolitik radikalisierte sich immer mehr. Am 2. Juni 1967 kam es zu einem schrecklichen ersten Höhepunkt durch den Tod von Benno Ohnesorg in Berlin bei den Anti-Schah-Demonstrationen. Anlass war der Besuch des Schahs von Persien in der alten Hauptstadt. In Göttingen – wie wohl in den meisten Universitätsstädten – herrschte unter den politischen Studentenorganisationen helle Aufregung an diesem Tage. Zufällig tagte der Bundesausschuss des RCDS, dem ich angehörte, in Göttingen. Somit war ich Gastgeber unserer bundesweiten Repräsentanz und konnte mit starker Mannschaft in die Beratungen der Studentenschaft ziehen, die eine „Göttinger Resolution“ zum Tode von Benno Ohnesorg verfassen wollte. Dies war außerordentlich schwierig, denn die Standpunkte waren konträr, die Nachrichtenlage unklar. Eigentlich stand für uns in der Provinz nur fest, dass es erhebliche Krawalle in Berlin gegeben hatte, der Student Benno Ohnesorg dabei ums Leben kam und der „Täter“ ein Polizeibeamter gewesen ist. Den Demonstranten gegen den reaktionären Schah galten die Sympathien, von Khomeini wussten wir noch nichts. Es gelang nach Stunden, eine gemeinsame Resolution zu formulieren, die die Unterschriften aller politischen Hochschulgruppen aufwies. Ich denke letztmalig nicht nur in Göttingen, sondern in Deutschland: ein gemeinsamer Text vom RCDS bis hin zum SDS. Am Ende natürlich ein ziemlich sinnloser Kompromisstext, basierend auf mangelhaften Informationen.

Wir hatten nur alle das Gefühl, dazu müssten wir etwas sagen. Danach verschärften sich die Töne, die Umgangsformen wurden rauer. Es gab auch in Göttingen keinen friedlichen Wettbewerb der politischen Hochschulgruppen mehr, sondern ein immer aggressiveres Gegeneinander. Der (hochschul-) politische Gegner wurde auch persönlich angegriffen, oftmals moralisch diskreditiert.

Wenn man selbst Student ist, nimmt man dies ernster

als andere Leute. Trotzdem war mir schon damals klar, dass dies nicht der Anfang einer allgemeinen Revolution sein konnte, obwohl es an der Universität zeitweilig so aussah. Die Argumentation lag weit ab von dem, was die große Mehrheit der Bevölkerung interessierte. Die damalige Große Koalition war vor allem auch gebildet worden, weil es zur ersten wirtschaftlichen Rezession nach Jahren des Aufstiegs im „Wirtschaftswunderland“ Deutschland gekommen war. Ludwig Erhard musste gehen, weil er auf diese Herausforderung nicht die richtigen Antworten zu haben schien. Kurt Georg Kiesinger führte eine Koalition mit Willy Brandt als Außenminister, Franz-Josef Strauß als Finanzminister und Karl Schiller als Wirtschaftsminister, die sich bemühte, der Krise Herr zu werden. Dass diese erste Große Koalition aus der Sicht der CDU bei der Neuwahl 1969 kein gutes Ende nahm, indem nun der befürchtete Machtverlust, den der Wechsel von Erhard zu Kiesinger verhindern sollte, doch eintrat, hatte viele Gründe innerhalb und außerhalb der CDU, kaum aber in der studentischen Bewegung von damals. „Zwanzig Jahre sind genug“ war eine wirksamere Parole gegen die CDU als alles das, was von Dutschke und anderen laut und teilweise gewaltsam vorgebracht wurde.

Was vorgetragen wurde, war erstens Kritik an den Hochschulbedingungen. Seit Georg Picht 1964 das Buch *Die deutsche Bildungskatastrophe* veröffentlicht und anhand von Abiturientenzahlen die These aufgestellt hatte, dass es in Deutschland im internationalen Vergleich viel zu wenig Abiturienten gebe, dabei aber wohl unterschätzt hatte, dass in Deutschland zur damaligen Zeit Abitur fast immer auch ein nachfolgendes Studium bedeutete – was ja in den Vergleichsländern keineswegs so ausgeprägt der Fall war –, waren die Studentenzahlen immer weiter angestiegen. Die inneren und äußeren Strukturen an den Universitäten hatten dem aber nicht Rechnung getragen. Es gab ein all-

gemeines Unbehagen in der Studentenschaft, das von einigen aggressiv artikuliert wurde. Zweitens schien die Zeit gekommen für eine Abrechnung mit der Elterngeneration, die als Mittäter oder Mitläufer des Nationalsozialismus von der studentischen Generation auf das Radikalste kritisiert wurde. Diese zum Teil notwendige und berechtigte Kritik schloss einen großen Teil der Professorenschaft ein. Drittens schien die Große Koalition geeignet, einen Stillstand des politischen Diskurses herbeizuführen, der nur durch eine außerparlamentarische Opposition wirksam wieder in Gang gesetzt werden konnte. Dabei war viertens das Thema der Notstandsgesetzgebung besonders gut zur Auseinandersetzung geeignet, zumal sich mit diesem Begriff allerlei Ängste schüren ließen.

Die langfristige Bedeutung dieser und weiterer Ansätze war aus heutiger Sicht sehr unterschiedlich. Die Notstandsgesetzgebung hat nach ihrer Verabschiedung nie wieder eine Rolle gespielt, die Provokationen von Bundesminister Hermann Höcherl („Ich kann doch nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen“) oder Bundesminister Gerhard Schröder („Notstand ist die Stunde der Exekutive“) waren bald vergessen. Auch die Große Koalition erwies sich als kurzlebig. Nach dem Sturz Ludwig Erhards hatte Kurt Georg Kiesinger gerade einmal drei Jahre, bis er durch das erste Bündnis linksliberaler Art unter Willy Brandt und Walter Scheel abgelöst wurde.

Die Universitäten allerdings sind innerlich und äußerlich erneuert worden. Dies war ein langwieriger Prozess, der bis heute andauert und durch die Studentenbewegung der 68er angestoßen wurde. Der Generationenkonflikt, der in seiner Schärfe und teilweisen Ungerechtigkeit schließlich bis hin zu den Auswüchsen der Roten Armee Fraktion geführt hat, war wohl unvermeidlich, auch teilweise heilsam und hat vieles infrage gestellt, was tatsächlich auf den Prüfstand gehörte.

Im Jahre 2008, vierzig Jahre nach 1968, ist einiges auch an guten Ansätzen aus der damaligen Protestbewegung in klugen Aufsätzen dargestellt worden. Sicherlich sind manche „Selbstverständlichkeiten“ in der gesellschaftlichen Realität und auch in der Gesetzgebung damals infrage gestellt worden, weil es eine Zeit der Tabubrüche war, in der auch berechtigte Anliegen der Erneuerung neuen Schwung bekamen. Die Strafrechtsreform und manches Andere wären hier zu nennen. „Das Alte spricht, so wie ich bin, bin ich seit je. Das Neue sagt, bist du nicht gut, so geh.“ (Bertolt Brecht)

Die Frage ist allerdings bei vielem auch, ob das wirklich mit den 68ern oder nicht vielmehr damit zu tun hat, dass es eben im Jahre 1969, nach zwanzig Jahren CDU-Dominanz, erstmalig eine sozialdemokratisch geprägte Phase in der deutschen Nachkriegsgeschichte gab. Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und „Wir fangen mit den Reformen erst richtig an“ stammten aus ganz anderen Lebenserfahrungen als denen der 68er.

1968 war auch das Jahr des Prager Frühlings, des Versuchs, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu verwirklichen und seines gewaltsamen Endes durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag am 21. August 1968. An diesem Tag war ich zu Forschungsarbeiten im Rahmen meiner Dissertation im Archiv der Deutschen Continental Gasgesellschaft AG, die bis 1945 in Dessau gesessen hatte, in Düsseldorf. Bei den Bildern aus Prag, die zu Menschenaufmärschen auf den Straßen führten, haben viele geheult. Kurz zuvor war per Telegramm aus Pankow mein Visum für einen beantragten Aufenthalt im Historischen Staatsarchiv Oranienbaum im Kreis Gräfenhainichen bei Dessau widerrufen worden. Am 21. August wusste ich, warum. Auch die DDR machte mobil. Ich war dann im November 1968 für eine Woche in Oranienbaum und konnte von den Menschen dort hören, wie man den August 1968 erlebt hatte. Ich habe in diesen Tagen viele

Gespräche geführt, die mir nachdrücklich und albtraumhaft in Erinnerung geblieben sind, wie auch die morgendliche Schulungsstunde des Archivdirektors und seine Feindseligkeit gegen den Besucher aus der BRD. Ich war froh, als ich die Zonengrenze bei Helmstedt wieder überschritten hatte. Solche Ereignisse interessierten mich mehr als die Hochschulpolitik. Mein eigentliches Anliegen in der Politik war die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Ich wollte die deutsche Wiedervereinigung und habe immer an sie geglaubt. Ich wusste, dass die Gewaltherrschaft des Kommunismus in Europa nicht von Dauer sein konnte. Das waren Fragen, die mir unter die Haut gingen und mich später auch veranlasst haben, auf Zeit Politik als Beruf zu wählen. Dennoch war ich natürlich als junges Mitglied der CDU und Student in den Jahren um 1968 sozusagen dazu „verdonnert“, mich um Hochschulpolitik zu kümmern.

Meine Beiträge z. B. für den Landtagswahlkampf 1967 in Niedersachsen, den ich für den Göttinger Kandidaten und späteren Landtagspräsidenten Heinz Müller betrieb, bezogen sich ganz überwiegend auf die Hochschulpolitik. Ein Feld, von dem der Kandidat nicht viel verstand, aber wo er als Göttinger Abgeordneter natürlich Kompetenz zeigen musste. Der SPD-Gegenkandidat war immerhin Kultusminister Prof. Dr. Peter von Oertzen.

Ich erinnere mich, auch für den damaligen Spitzenkandidaten der niedersächsischen CDU, Wilfried Hasselmann (Slogan: „Ein neuer Boß ins Leineschloß!“), 1967 seitenlange Abhandlungen zur Hochschulpolitik zum Landeswahlprogramm beige-steuert zu haben. Wir haben damals auf Seiten des RCDS versucht, trotz all der Hektik und des Lärms und der Aggressionen der 68er, ihrer Vorläufer und Nachfahren, ruhige und sachliche Beiträge zu auch aus unserer Sicht notwendigen Reformen der Hochschulen und ihrer Institutionen zu formulieren. Es ging auch dem

RCDS und mir persönlich darum, Professoren dazu zu bringen, ihren Lehrauftrag ernst zu nehmen – siehe Repetitorienwesen bei den Juristen –, dafür einzutreten, dass genügend Mittel für den Ausbau der Hochschulen bereitgestellt wurden, um den Wettlauf gegen den Numerus clausus nicht von vornherein aussichtslos zu machen und die studentischen Mitspracherechte an den Hochschulen zu verbessern. Dabei hatte ich allerdings auch immer das Gefühl, dass ein nur zeitweiliger Aufenthalt als Student nicht den gleichen Rang beanspruchen konnte in Bezug auf Mitwirkungsmöglichkeiten wie die dauerhafte Tätigkeit anderer Hochschulangehöriger. Aber dies war natürlich nicht die Meinung der studentischen Mehrheit, die in jenen Tagen die Drittelparität forderte und sich auch von den Tätigkeiten in den Institutionen der Hochschulen, an erster Stelle natürlich im studentischen „Parlament“ gerne von einer zügigen Durchführung des Studiums abhalten ließ. Es war durchaus auch eine Zeit eines eigenartigen Lebensgefühls (wie es z. B. auch aus der Generation von 1914 berichtet wird), das mit „Überdruß“ gekennzeichnet werden kann. Die gesellschaftlichen Verhältnisse galten als hassenswert, gerade weil alles so reibungslos funktionierte.

Im „Wirtschaftswunderland“ war nun alles da, aber das konnte nicht alles sein. Man hatte nicht „null Bock auf gar nichts“ wie eine Generation später, sondern man musste alles ändern, umstürzen, infrage stellen, das „Establishment“ bekämpfen, den Tabubruch begehen und sich an überhaupt gar keine Vorschriften mehr halten, keine Spielregeln beachten, Gesetze verachten. Die Anti-Springer-Verlag-Kampagne, die kämpferischen Abtreibungsdiskussionen („Mein Bauch gehört mir“ und „Ich habe abgetrieben“), die angeblich gerechtfertigte Gewalt gegen Sachen („Macht kaputt, was euch kaputtmacht!“) und die „neue Sexualmoral“ („Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment“) sind Beispiele.

Unter meiner Leitung veranstaltete der RCDS in Göttingen zwischen 1966 und 1969 große öffentliche Diskussionsveranstaltungen, z. B. zum Vietnamkrieg mit dem Botschafter von Südkorea Choi Duk Chin, zum Thema „Der Intellektuelle und die Macht“ mit William S. Schlamm, über „Deutschland und die Welt“ mit Thilo Koch oder über „China“ mit Klaus Mehnert usw. – jeweils hunderte von Studenten besuchten diese Veranstaltungen. Es kam zu nächtlichen Diskussionen, schärfsten Kontroversen und teilweise auch Prügeleien.

Wenn ich heute über diese Zeit nachdenke, so denke ich, ich habe sie als aktiver Student zwiespältig erlebt: einerseits als spannende Herausforderung zur Entwicklung der eigenen politischen Ansichten und auch der rhetorischen Fähigkeiten und des politischen Kampfes, andererseits als Belästigung und Hinderung bezüglich des eigentlichen Sinns des Hochschulaufenthaltes, nämlich eine akademische Ausbildung zu bekommen und abzuschließen. Auf jeden Fall war es nie langweilig, es war eine Zeit voller unerhörter neuer Entscheidungen. Es war wahrscheinlich auch notwendig, in der ersten Generation nach Ende des Krieges und dem rasanten Wiederaufstieg und Wiederaufbau der alten Bundesrepublik Deutschland einmal alles infrage zu stellen, durchzuschütteln und neu zu begründen. Dass ich dabei von Anfang an bewusst auf der anderen Seite als die 68er stand, kann vielleicht biografisch begründet sein – obwohl sich aus meiner engeren und weiteren Familie bis heute außer mir niemand politisch engagiert hat. Es wird aber am Ende wahrscheinlich auf die Antwort hinauslaufen, die Turgenjew in *Väter und Söhne* aus der Zeit der russischen Revolution gibt, indem er auf das Irrationale, das letztlich nicht Begründbare der Grundentscheidung verweist, die dazu führt, ob man auf dieser oder jener Seite der Barrikaden steht.